

Antrag

der Fraktion der KPD

betr. IG-Farbenindustrie.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bundestag erklärt, daß er das von der Alliierten Hohen Kommission am 29. August 1950 erlassene Gesetz Nr. 35 über die deutsche IG-Farbenindustrie nicht anerkennt, da dieses gegen die im Potsdamer Abkommen dem deutschen Volk garantierte wirtschaftliche Einheit verstößt, eine schwere Schädigung der deutschen Wirtschaft bedeutet, die soziale Lage der in der chemischen Industrie Beschäftigten bedroht und ihre Rechtlosmachung zur Folge hat.

Der Bundestag fordert die Übergabe des gesamten Eigentums der IG-Farbenindustrie in deutsche Hände.

Bonn, den 13. Oktober 1950

Müller (Offenbach) und Fraktion